

## „Wir halten die Studie für überflüssig“

Polizeigewerkschaftsvorsitzender Dietmar Schilff über Rassismus, randalierende Jugendliche und Finanzen



**Dietmar Schilff (58)** ist seit 2011 Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Niedersachsen und seit 2013 auch stellvertretender Bundeschef. Der Polizeihauptkommissar ist zudem Vizevorsitzender des Polizeihauptpersonalrats im Innenministerium.

Das Foto wurde aus lizenzrechtlichen Gründen entfernt.

**Herr Schilff, es gab jüngst immer wieder Rassismus-Vorwürfe gegen die Polizei. Braucht es nach der Absage von Bundesinnenminister Horst Seehofer jetzt eine eigene Länderstudie zu möglichen Problemen?**

**Dietmar Schilff:** Wir sind uns mit dem niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius einig, dass es keine eigene Rassismus-Studie geben soll. Das Land will sich aber mit dem „racial profiling“ auseinandersetzen, und das unterstützen wir. Dabei sollen die Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Dienstanweisungen angeschaut werden, durch die Kolleginnen und Kollegen in den Verdacht kommen könnten, ihr Gegenüber allein nach Herkunft oder Nationalität zu beurteilen. Bei einer Extremismus-Studie würde man dagegen die Haltung der Polizei durchleuchten. Das ist unnötig, denn unsere Polizei ist insgesamt hervorragend ausgebildet und steht voll hinter den Werten unserer Verfassung.

**Zeigen die Ereignisse bei der Polizei in Hessen und die rechten Drohmails gegen Politiker und Prominente nicht, dass es hier doch ein Problem gibt? Können Sie wirklich für jede Kollegin, für jeden Kollegen Ihre Hand ins Feuer legen?**

Das können wir natürlich nicht. Wie in jeder Berufsgruppe gibt es Einzelfälle. Der Fall in Hessen, wo Adressdaten von einem Polizeicomputer abgefragt wurden, ist extrem schlimm. Wir als GdP fordern, dass man hier deutliche Maßnahmen ergreift. Und wenn es sich ergeben sollte, dass hier Polizeibeschäftigte am Werk waren, dann müssen alle notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Das heißt, diese Leute müssen aus dem Dienst entfernt und gegen sie ein Strafverfahren eingeleitet werden. Ein allgemeines Problem mit Extremismus oder Rassismus hat die Polizei aber nicht. Nach einer neuen Statistik liegen die Einzelfälle in Niedersachsen weit unten im Promillebereich. Denen gehen Polizei und Justiz aber mit aller Härte nach.

**Wäre dann eine wissenschaftliche Bestätigung nicht hilfreich?**

Wir haben keine Angst vor einer Studie, wir halten sie aber für überflüssig. Im Übrigen vertrauen 86 Prozent der Bevölkerung der Polizei. Über einen so hohen Zustimmungswert würden sich andere Berufsgruppen sehr freuen.

**Brutale Attacken auf Beamte wie jüngst in Stuttgart oder Frankfurt kann das jedoch nicht verhindern.**

Einen gewissen Teil erreichen Sie nie. Es gibt leider Menschen, die die Polizei hassen. Das sind Straftäter beim Fußball, das sind Linksextreme, das sind Rechtsextreme, das sind aufgeheizte Feiernde. In den vergangenen Jahren sind die Gewalttaten gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte extrem angestiegen. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

**Wie?**

Wir müssen viel mehr die Gesellschaft in die Verantwortung nehmen. Die Polizei allein kann dieses Problem nicht lösen; die Polizei kann nicht die Sozialarbeit machen. Die Polizei ist die Institution, die gerufen wird, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Zum Beispiel bei den Castor-Transporten, bei denen ich selbst aktiv im Einsatz war. Die Poli-

tik hat in der Frage der Entsorgung von Atom- und Müll versagt und damit zu einer Eskalation beigetragen. Die Vorfälle in Stuttgart und Frankfurt sind noch anders gelagert. Dort musste die Polizei eingreifen, weil sich nicht alle an das Abstandsgebot gehalten haben und sich dann die Wut über die Kontrollen gegenüber der Polizei entladen hat.

**Braucht es auch strengere Strafen?**

Wir als Gewerkschaft rufen nicht sofort nach härteren Gesetzen. Wir müssen erst einmal die vorhandenen Strafrahmen voll ausschöpfen. Dies bedeutet, dass die Justiz hier ihrer Verantwortung gerecht und bei brutalen Angriffen mit aller Härte durchgreifen muss.

Zum anderen muss viel mehr in die Sozial-, Arbeitsmarkt-, Familien- und auch in die Integrationspolitik investiert werden. In vielen Familien herrschen prekäre Verhältnisse, sie leben in der dritten, vierten Generation von Sozialhilfe. Das rechtfertigt keine Gewaltausbrüche. Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Debatte über einen respektvollen Umgang mit- und untereinander.

**Stichwort Geld: Kommt die Polizei bei den Haushaltsbeschlüssen der SPD/CDU-Landesregierung zu kurz?**

Ein klares Ja. Dieser Bereich ist seit Jahrzehnten unterfinanziert. Jetzt kommt auf die Polizei im nächsten Jahr auch noch eine Sparauf-

lage über 4,9 Millionen Euro hinzu. Wie das kompensiert werden soll, weiß keiner, zumal auch das Personal weiterhin aufgestockt werden muss. Hinzu kommt, dass im Vergleich zu anderen Bundesländern unsere Kolleginnen und Kollegen hier mehrere hundert Euro pro Monat weniger verdienen, obwohl sie eine dreijährige Bachelor-Ausbildung absolviert haben. Wir müssen die Besoldung in Niedersachsen dringend anheben, weil die Bewerber sonst in andere Länder abwandern und wir hier nicht mehr genügend geeignetes Personal finden. Auch die Beförderungssituation in Niedersachsen ist eine Katastrophe. Wenn man nach sechs Semestern Studium zehn bis zwölf Jahre bis zur ersten Beförderung warten muss, ist das bei der guten geleisteten Arbeit überhaupt nicht zufriedenstellend. In anderen Ländern wird in dieser Zeit schon zwei- oder dreimal befördert.

**Hapert es auch bei der Ausrüstung? Das Corona-Hilfspaket für die Wirtschaft verschafft der Polizei immerhin neue Elektro-Einsatzwagen.**

Das ist richtig und wichtig. Viele unserer Fahrzeuge haben mehrere 100 000 Kilometer auf dem Tacho; die Sitze, also die Arbeitsplätze der Kolleginnen und Kollegen, sind vielfach durchgessen. Die Erneuerung der Flotte ist also durchaus zu begrüßen.

**Und wie sieht es mit Helmen und Schutzwesten aus?**

Nach langen Verzögerungen unter anderem wegen einer Klage im Vergabeverfahren befinden sich die Einsatzhelme endlich in der Beschaffung. Bei den leichten Überziehwesten steht noch immer unsere jahrelange Forderung im Raum, dass das Land die Anschaffungskosten dafür voll übernimmt. Bislang müssen die Polizeikräfte den Kaufpreis von über 170 Euro aus ihrem jährlichen Bekleidungsbudget von 200 Euro bezahlen. Dieses Bekleidungskonto geht aber schon für neue Uniformteile drauf. Die Schutzwesten sind wichtiger Bestandteil des Arbeitsschutzes, dafür muss der Dienstherr, also das Land, aufkommen. Es geht schließlich um die Gesundheit und das Leben der rund 17 000 Kolleginnen und Kollegen im Einsatz.

**Sicherheit im Straßenverkehr gehört zu den wichtigen Aufgaben der Polizei. Schadet das Hickhack um den neuen Bußgeldkatalog und die Fahrverbote?**

In erster Linie hat das der Politik geschadet, insbesondere Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer. Seit Jahren bemüht sich die Polizei zusammen mit anderen Institutionen, die Todesrate auf unseren Straßen zu senken. Wenn man innerorts mit mehr als Tempo 70 statt mit den erlaubten 50 fährt, verlängert sich der Bremsweg erheblich. Ein plötzlich auf die Straße springendes Kind hat da kaum noch eine Chance. Als Gewerkschaft der Polizei fordern wir seit Langem, dass die Hauptunfallursachen Geschwindigkeit, Abstand und Alkohol stärker sanktioniert werden müssen. Da können wir Scheuers Schleuderkurs überhaupt nicht nachvollziehen. Bund und Länder müssen sich hier umgehend auf rechtssichere Vorschriften verständigen.

**Auch wieder mit den derzeit gekippten Fahrverboten bei einer Überschreitung von 21 km/h innerorts und 26 km/h außerorts?**

Ja, das unterstützen wir. Bei diesen Werten sind ja schon Toleranzabzüge berücksichtigt. Hohes Tempo bedeutet hohes Unfallrisiko. Bei groben Verstößen sind Fahrverbote ein geeignetes Mittel. Dabei sind die Sätze bei uns in Deutschland immer noch relativ moderat. In Österreich, der Schweiz oder in den Niederlanden sieht das ganz anders aus. Dort sind Sie dann ganz schnell Ihren Führerschein los.

**Das Gespräch führte Peter Mlodoch.**